



Schlechtes Geschäft fürs Gemeinwesen

Der Atomfonds kommt uns teuer zu stehen

Finanzen Mit der Installation eines so genannten Atomfonds wird der Öffentlichkeit suggeriert, die Finanzierung der Endlagerung des gesamten deutschen Atommülls sei gesichert. Michael von Wuntsch erläutert, warum das Geld nicht reichen wird.

Der im Sommer 2017 ins Leben gerufene Atom-Entsorgungsfonds hat Probleme auf mehreren Ebenen. Der Fonds ist das Ergebnis eines heiklen Pakts zwischen Politik und Atomindustrie. Die Betreiber der Kernkraftwerke sind mit einem Schlag und dauerhaft von gewaltigen Risiken befreit worden, die mit der langfristigen Entsorgung des Atommülls zusammenhängen. Seitdem trägt allein der Bund die Verantwortung für die Finanzierung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle aus Errichtungen, Betrieb und Stilllegung der Kraftwerke und aus der Endlagerung aller radioaktiver Abfälle. Als Gegenleistung sind die Betreiber verpflichtet worden, den im Entsorgungsfondsgesetz fixierten Betrag von rund 24 Milliarden Euro in den Atomfonds einzuzahlen. In Anbetracht des riesigen Zeithorizontes und der unkalkulierbaren Höhe der künftigen Entsorgungsaufwendungen dürfte sich der Betrag als Trop-

fen auf dem heißen Stein erweisen. Für die Allgemeinheit ist der Pakt ein miserables Geschäft, wie ich in drei Punkten zeige.

Erstens ergibt sich ein finanztechnisches Problem bereits auf der Ebene der Bemessung der Höhe des Atomfonds. Die Zahlungen der Atom-Konzerne sind zu gering. Für die Diskontierung der geschätzten Entsorgungskosten in Höhe von rund 47,5 Milliarden Euro wurde ein nomineller Abzinsungssatz von 4,58% zugrunde gelegt. Der Kalkulationszins hat in der Konsequenz die Einzahlungsbeträge der Atom-Konzerne in den Atomfonds nach unten getrieben. Umgekehrt betrachtet, müsste jährlich eine Rendite in Höhe dieses Zinssatzes erzielt werden, um die künftigen Entsorgungskosten aus dem Fonds finanzieren zu können. Das ist durchaus eine Hürde. Die Konzerne mussten aber nicht mal den sich rechnerisch ergebenden Barwert von rund 38 Milliarden

Euro einzahlen, sondern der Bund begnügte sich mit rund 24 Milliarden Euro. Der Verzicht auf eine Nachschusspflicht für die Unternehmen zeigt zudem, wie defensiv der Staat verhandelt hat. Zu erwartende Kostensteigerungen der Atommüll-Entsorgung müssen vom Gemeinwesen finanziert werden.

Zweitens zeigt sich bereits jetzt, wie schnell Teile des Fonds aufgezehrt werden können. Die Anlage der Mittel unterliegt zwar der Aufsicht der zuständigen Bundesministerien (BMF, BMW und BMU), doch ist das Fondsmanagement für die Geschäftsführung des Fonds verantwortlich. Die Investitionen unterliegen unbarmherzig den Auf- und Abschwüngen der Finanzmärkte. Spekulativ aufgeblähte und geplatze Preisblasen haben in der letzten Finanzkrise Unheil gestiftet und die Zukunft wird davon nicht unberührt bleiben. Dies trifft auch den Atom-

Entsorgungsfonds. Ende 2018 betrug das Eigenkapital des Fonds gemäß einem Schreiben des Wirtschaftsstaatssekretärs nur noch 23,4 Milliarden Euro. Dafür werden vor allem drei Begründungen geliefert: Abstürze an den Börsen und Negativzinsen an die Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank. Der Bestand an Barmitteln soll Ende 2018 noch 19,2 Milliarden Euro betragen haben und wird in den kommenden Jahren in weitere Finanztitel investiert. Dazu kommen die laufenden Ausgaben für die Endlagerung. Während der Dax im Jahresverlauf um 18% einstürzte, minderte sich der Wert der Aktien im Fonds um 8,6%. In der Tat kann sich das Fondsmanagement kaum den strukturellen Bewegungen an den Börsen entziehen. Die Streuung der Risiken ist durchaus normal und die Verfolgung einer defensiven und ethisch orientierten Anlagestrategie sinnvoll. Auch der milliarden schwere norwegische Staatsfonds hat einen Wertverlust von 6,1% hinnehmen müssen.

Drittens ist es unverantwortlich, dem Staat die Folgekosten der Atomwirtschaft aufzubürden. Der Staat übernimmt die künftige Finanzierung der Entsorgungsaufgabe und vertraut dabei auf den Nutzen der Finanzmärkte. Auf der Strecke geblieben ist dabei der im Wirtschaftsleben geltende Grundsatz, dass der Investor für das damit verbundene Risiko zu haften hat. Das Handlungsmuster ist bekannt. In der Finanzkrise sind gerade die großen Bankinstitute, die als „too big to fail“ galten, vom Staat gerettet worden. Die Energiekonzerne genießen offenbar ein ähnliches Privileg. In Anbetracht der auf künftige Generationen zukommenden nahezu endlosen Folgekosten müsste die Bereitstellung von Haftungsmitteln für die Verursacher eigentlich eine Dauerverpflichtung sein. Darüber hinaus könnte überlegt werden, der gesamten Wirtschaft, die von subventioniertem Atomstrom profitiert hat, eine Sondersteuer aufzuerlegen.

Vorlesungen in Berlin

Der Atomkonflikt in Deutschland – bis in alle Ewigkeit?

Seit dem 10. April und noch bis zum 10. Juli findet eine Ringvorlesung des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität in Berlin statt, jeweils mittwochs von 17 bis 19 Uhr. Das Besondere: Wissenschaftler/-innen, Politiker/-innen und Aktivist/-innen kommen zu Wort, wenn es um die Aufarbeitung des Atomkonflikts in Deutschland und den angeblichen Neustart der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle geht. Mit Asta von Oppen, Martin Donat, Dieter Schaarschmidt, Rebecca Harms und Wolfgang Ehmke stammen gleich fünf Referent/-innen aus dem Wendland. Auch Jochen Stay, Sprecher von „ausgestrahlt“, wird am Podium teilnehmen.

22.05.2019 | 17:00 – 19:00

Die Wissenschaft im Atomkonflikt – in der Vergangenheit und Zukunft
Diskussion mit Dr. Armin Grunwald, Dr. Axel Liebscher, Prof. Dr. Christian von Hirschhausen
Ort: Seminarzentrum

29.05.2019 | 17:00 – 19:00

Gorleben – ein schweres politisches Erbe für die Standortsuche
Diskussion mit Martin Donat, Stefan Wenzel, Michael Sailer
Ort: Seminarzentrum

05.06.2019 | 17:00 – 19:00

Ökonomie der Endlagerung – wer zahlt die Zeche?
Diskussion mit Jürgen Trittin, Prof. Dr. Claudia Kemfert
Ort: Seminarzentrum

12.06.2019 | 17:00 – 19:00

Dem Staat vertrauen? Jugendliche in der Standortsuche
Diskussion mit Linda Mederake, Lukas Fachtan, Dagmar Dehmer
Ort: Seminarzentrum

19.06.2019 | 17:00 – 19:00

Atom Müll in der EU – eine Gemeinschaftsaufgabe?
Diskussion mit Rebecca Harms, Jan Haverkamp
Ort: Habelschwerdter Allee 45

26.06.2019 | 17:00 – 19:00

Der Forschungsreaktor in Wannsee: das Dialogverfahren zum Rückbau
Diskussion mit Dr. Stephan Welzel, (angefragt), Vertreter/-innen der Dialoggruppe (angefragt), Silke Freitag, Moderatorin (angefragt)
Ort: Habelschwerdter Allee 45

03.07.2019 | 17:00 – 19:00

Beteiligungsverfahren im Realexperiment
Diskussion mit Jochen Stay (ausgestrahlt), Roland Schüler, Dr. Monika C.M. Müller
Ort: Seminarzentrum

10.07.2019 | 17:00 – 19:00

Ausblick: Von der Zwischen- zur Endlagerung – was bringt die Zukunft?
Diskussion mit Wolfram König, Asta v. Oppen, Sylvia Kotting-Uhl
Ort: Seminarzentrum

Veranstaltungsorte

- Seminarzentrum, Raum L115 und L116, Otto-von-Simson-Str. 26, 14195 Berlin
 - Raum KL25/134, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin
- beide: U3 Dahlem-Dorf, Bus 110, M11, X83



Michael Wunsch ist Professor für Betriebswirtschaft, Mitglied im Netzwerk Steuergerechtigkeit in Berlin und Autor des Buchs „Wohin treibt die kapitalistische Gesellschaft – Eine Lebensform in der Krise.“



Bürger
initiative
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendener: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

IV-VI/2019 • # 1070



Gestern

Während in Ausstellungen in Lüchow und Hannover dem Gorleben-Treck vor 40 Jahren gedacht wird, untersucht ein Archäologe die Überreste des Hüttendorfs 1004 in Gorleben.

Heute

Die *Kulturelle Landpartie* lockt wieder Tausende Besucher ins Wendland – zu den Wunderpunkten und an den wunden Punkt Lüchow-Dannenburgs: die Atomanlagen in Gorleben.

Morgen

Schülerdemos an den *Fridays for Future* sind auch und gerade im Wendland inzwischen an der Tagesordnung. Drei Schüler berichten von ihrem Engagement und ihren Erfahrungen.